

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 05.12.2006
	Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/14-2865
Niederschrift	
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:18 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 19.10.2006 - öffentlicher Teil -**
Seite A 3
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 19.10.2006 - öffentlicher Teil**
597/2006
Seiten A 3 f
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
Seite A 4
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
596/2006
Seiten A 4 f
- 6. Situation der Migranten und Migrantinnen in Bergisch Gladbach**
602/2006
Seiten A 6 ff
- 7. Strategische Zielsteuerung**
577/2006
Seite A 5
- 8. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**

- Jahresbericht 2005
-Wohnungsbauprogramm 2006
601/2006

Seiten A 5 f

9. **Entsendung eines Mitgliedes des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Planungsausschuss**
595/2006 *Seite A 8*
 10. **Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz (bisher Richtlinien über den Löwenpass)**
598/2006 *Seiten A 8 ff*
 11. **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil** *Seiten A 11 ff*
-

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 19.10.2006 - nichtöffentlicher Teil -** *Seite B 1*
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite B 1*
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters** *Seiten B 1 f*
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil** *Seite B 2*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die achte Sitzung des Sozialausschusses in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Folgende Ausschussmitglieder haben sich entschuldigt und werden vertreten:

Frau Holtzmann (CDU-Fraktion) durch Frau Lehnert
Herr Pick (CDU-Fraktion) durch Herrn Dr. Kassner
Frau Schu (CDU-Fraktion) durch Frau Bendig
Herr Schnöring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) durch Frau Scheerer
Frau Böcher (Fraktion KIDitiative) durch Frau Alef
Herr Tollih (Integrationsbeirat) durch Frau Mrziglod

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf weiteren Beratungsbedarf der Fraktionen zur Strategischen Zielsteuerung. Im Sozialausschuss besteht Einvernehmen, TOP A 7 von der Tagesordnung abzusetzen.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 19.10.2006 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 19.10.2006 - öffentlicher Teil

@->

Auf Anfrage Herrn Dr. Bernhausers (CDU-Fraktion) verweist Herr Hastrich auf ein Gespräch mit dem Vorstand des „Tafel e. V.“ und Herrn Mumdey. Derzeit wird die Eignung verschiedener städtischer Liegenschaften (Stadtgefängnis hinter dem Rathaus Bergisch Gladbach, der Ratskeller Bergisch Gladbach, Bunker an der Johannes-Gutenberg-Realschule) für die Zwecke der Tafel geprüft. Weitere städtische Liegenschaften stehen nicht zur Verfügung. Auch private Objekte können der Tafel zurzeit nicht vorgeschlagen werden.

Neben der Eignung der Liegenschaft ist auch die Frage der Finanzierung völlig offen. Bei der Finanzierung handelt es sich um eine zusätzliche freiwillige Leistung, über die erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2007 entschieden werden kann. Auf eine Frage Frau Münzers (CDU-Fraktion) zur Nutzbarkeit der frei werdenden

Räume des Spielverleihs verweist Herr Hastrich auf Probleme mit dem Brandschutz. Diese Probleme schließen eine Weitervermietung aus.

Herr Dr. Kassner (CDU-Fraktion) fragt nach der Dauer der angesprochenen Prüfung. Seines Wissens könne die Tafel vermutlich Mietkosten zahlen.

Frau Schreiber (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach der Nutzbarkeit des Ratskellers. Dazu erklärt Herr Mumdey, dass der Ratskeller zu den Objekten gehört, deren Nutzbarkeit derzeit geprüft würden. Die Tafel e. V. habe bislang mitgeteilt, für Investitionen ggfs. über Mäzene selbst aufzukommen. Die Tafel gehe aber wohl von einer Übernahme der Mietkosten durch die Stadt aus. Er versuche derzeit, einen Zuschuss zu den Mietkosten durch Dritte zu erreichen. Dies sei aber noch offen.

Herr Hastrich ergänzt, die Prüfung sei verwaltungsintern abgeschlossen. Derzeit werde ein Begehungstermin abgestimmt, damit der Vorstand der Tafel die Räumlichkeiten selbst in Augenschein nehmen und prüfen kann. Diese Terminabsprache sei deshalb schwierig, weil neben dem Vorstand mehrere Dienststellen der Verwaltung berücksichtigt werden müssen. Er gehe davon aus, dass noch diese Woche eine Einigung über den Termin erfolgen könne.

Frau Schöttler-Fuchs geht von Gesprächen aller Fraktionen mit der Tafel aus und würde ein baldiges Ergebnis begrüßen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Schöttler-Fuchs trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Hastrich bittet um Entschuldigung für den Versand der falschen Vorlage; die richtige Vorlage wurde mit gesonderter Post zugeschickt. Diese beinhaltet die Vorlage des Ausschusses für Soziale Sicherung des Kreises und enthält Informationen zur Abstimmung zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen hinsichtlich der Aufgaben und Finanzierung nach dem SGB XII ab 01.01.2007. Diese Vorlage ist durch die Konferenz der Bürgermeister und des Landrates vom vergangenen Freitag hinsichtlich der Nr. 4 „Wohnungslosenhilfe“ überholt. Diese Aufgabenstellung wechselt hinsichtlich der Finanzierung zum 01.01.2007 ebenfalls zum Kreis.

Auf Anfrage Herrn Dr. Bernhauser erklärt Herr Hastrich, dass die vom 01.01.2007 an vom Kreis finanzierten Leistungen von freien Trägern wahrgenommen werden. Insofern wird weder bei der Stadt Personal reduziert noch Personal von der Stadt übertragen. Als Aufgabenstellungen aus dem Bereich des SGB XII verbleiben 2007 die Leistungsgewährung (Grundsicherung bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit bzw. im Alter und der neuen Sozialhilfe) sowie die Altenhilfe bei der Stadt. Die Stadt wurde durch Satzung vom Kreis zur Leistungsgewährung herangezogen; die Finanzierung erfolgt durch den Kreis. Zur Altenhilfe verweist Herr Hastrich auf einen Abstimmungsprozess, der 2007 mit dem Kreis durchgeführt wird. Das Ergebnis wird voraussichtlich Mitte des Jahres dem Sozialausschuss vorgestellt. Dann könne auch die Fortschreibung der Zielvereinbarung Altenhilfe erfolgen.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Frau Dederichs und Herrn Multari. Um beiden Zeit zur Vorbereitung zu geben, wird TOP A 6 zurückgestellt.

<-@

7 **Strategische Zielsteuerung**

@->

Diese Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@

8 **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2005
-Wohnungsbauprogramm 2006

@->

Frau Scheerer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach der Differenz zwischen 81 in Notunterkünften/Übergangsheimen Untergebrachten und 120 Wohnungssuchenden in Obdachlosen-/Übergangsheimen.

Herr Lauten (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen) weist auf 38 im Jahre 2004 geförderte Mietwohnungen und zusätzlich fünf Wohnungen für Menschen mit Behinderungen hin. Das halte er für zu wenig. Er gehe davon aus, dass im Stadtgebiet mehr als fünf Menschen mit Behinderungen eine Wohnung suchen. Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen trage gerade die entsprechenden Zahlen zusammen und möchte gezielt einen Plan aufstellen, mit dem der Beirat an Investoren herantreten und sich für einen stärkeren Einsatz für Menschen mit Behinderungen einsetzen möchte.

Herr Möller (Seniorenbeirat) verweist auf die Ausführungen zum Wohnraumförderungsprogramm 2006. Er sei erstaunt darüber, dass 2006 kein konkreter Antrag für Gruppenwohnungen und Pflegeplätze für ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen gestellt wurde. Er möchte wissen, ob diese Angaben noch aktueller Sachstand sind und wie dieses Thema gefördert werden könne.

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) verweist darauf, dass in sehr vielen Fällen die Gründe für einen Wohnungswechsel von Einzelpersonen in zu hohen Miet-, Heiz- und Nebenkosten bestehen. Die Zahl der bedürftigen Singlehaushalte steige weiter an. Einraumwohnungen wären im Vergleich zu größeren Wohnungen überproportional teuer. Sie möchte wissen, wie man auf Änderungen hinwirken könne.

Herr Hastrich verweist darauf, dass die Antworten im Wesentlichen mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt werden müssen, weil die Zuständigkeit für dieses Thema beim Fachbereich Finanzen liegt.

Die von Frau Scheerer angesprochenen Zahlen stimmen auch mit den Zahlen des Fachbereichs Jugend und Soziales über Wohnungslose nicht überein.

Zu den Fragen Herrn Lautens und Herrn Möllers verweist er auf die geringe Bereitschaft von Investoren, Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und ältere, pflegebedürftige Menschen zu errichten.

Herr Dr. Bernhauser hält eine schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen für wichtig. Er spricht sich für motivationsfördernde Maßnahmen aus, um mehr solcher Wohnungen zu erhalten. Dies könne z. B. durch den günstigen Verkauf städtischer Grundstücke erfolgen. Das Problem sei auch im Finanz- und Liegenschaftsausschuss

erkannt worden.

Herr Dr. Kassner (CDU-Fraktion) erklärt, die Stadt sei Teileigentümer der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS). Er schlägt vor, mit dieser Gesellschaft über den aufgezeigten Bedarf zu sprechen.

Herr Hastrich verweist darauf, dass sowohl über Grundstücksverkäufe als auch aus der RBS Deckungsbeiträge für den Haushalt erzielt werden. Nach seinem Kenntnisstand sei trotzdem regelmäßig Gesprächsgegenstand im Aufsichtsrat der RBS, entsprechende Projekte zu planen und in Angriff zu nehmen. Wenn in nennenswertem Umfang Investitionen getätigt würden, dann durch die RBS. Das letzte größere Projekt im sozialen Wohnungsbau sei im Hermann-Löns-Gelände errichtet worden. Gleichwohl wachse mittelfristig die Zahl derer, die auf solche Wohnungen angewiesen sein wird.

Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) erinnert daran, dass derlei Überlegungen schon seit Jahren angestellt würden. Ihm sei bislang kein vernünftiger Vorschlag bekannt geworden. Derzeit könne der Rat keine Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stellen.

Frau Lehnert fragt nach dem Sachstand in der Parkstraße (Bundesimmobilie). Es war geplant, in den Mehrfamilienhäusern der ehemaligen Belgiersiedlung solche Wohnungen einzurichten bzw. behindertengerecht umzubauen. Herr Hastrich sagt eine schriftliche Antwort zu.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet aus einer Bürgerversammlung im Hermann-Löns-Gelände. Die 38 Behindertenwohnungen werden nur gebaut, wenn der Lebensmittelmarkt mit einer Größe von 1.200 m² errichtet werden darf. Die anwesenden Bürger hätten sich für einen Lebensmittelmarkt in dieser Größe ausgesprochen. Sie spricht sich dafür aus, eine Lösung durch Gespräche innerhalb der Fraktionen Gespräche mit ihren Finanz- und Planungsvertretern zu suchen.

<-@

6 Situation der Migranten und Migrantinnen in Bergisch Gladbach

@->

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Frau Dederichs und Herrn Multari vom Fachdienst für Integration und Migration (FIM) der Caritas RheinBerg. Beide tragen technikerunterstützt zur Situation der Migranten und Migrantinnen in Bergisch Gladbach vor.

Herr Bierganns (BfBB-Fraktion) spricht sich dafür aus, Familienzentren für alle Familien zu öffnen. Dies diene der Integration.

Herr Hoffstadt fragt nach Kontakten zur türkischen Gemeinde in Gronau und erklärt, Dialog setze eine Dialogbereitschaft auf beiden Seiten voraus. Frau Dederichs erklärt auf weitere Fragen Herrn Hoffstadts, ihre Arbeit bestehe in der Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund darin, die Gesellschaft besser kennen zu lernen. Sie könne aber nur wenig Einfluss darauf nehmen, ob sich die Unterstützten tatsächlich in die Gesellschaft integrieren.

Ihre Einrichtung verfüge über verschiedene Gremien, die den Dialog der Kulturen und Religionen unterstützen. Dazu gehört die Begegnungsstätte, die jetzt umzieht. Derzeit wird versucht, mit der türkischen Gemeinde zusammenzuarbeiten. Ein Besuch der Moschee fand bereits statt. In Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeirat

gibt es unter Beteiligung der FIM eine Arbeitsgruppe „Dialog der Kulturen und Religionen“. Diese versucht, verschiedene mit Migration befasste Vereine und Institutionen an einen Tisch zu bringen und für den Rheinisch-Bergischen Kreis einen Dialog zu entwickeln. Frau Dederichs erinnert an die Interkulturellen Wochen der vergangenen Jahre, die sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigten. Zu den organisierten Veranstaltungen gehörten auch das Friedensgebet und verschiedene Fortbildungen für islamische und christliche Begegnungen. Im Vergleich zu anderen Städten würden solche Veranstaltungen in Bergisch Gladbach schlecht besucht.

Auf Anfrage Herrn Dr. Bernhausers erklärt Frau Dederichs, dass eine ihrer Kolleginnen über russische Sprachkenntnisse verfügt und auch von Spätaussiedlern aufgesucht wird. Aus finanziellen Gründen kann jedoch keine Beratung angeboten werden. Die FIM sei für Erwachsene zuständig und berücksichtige Kinder als Bestandteil der Familien. Für Angebote, die sich primär an Jugendliche richten, ist der Jugendmigrationsdienst in Bergisch Gladbach zuständig. Herr Multari ergänzt, dass nationalspezifische Angebote abgeschafft wurden.

Frau Münzer ist der Ansicht, der Migrationsdienst leiste schon lange gute Arbeit. Geringere Finanzierungsmöglichkeiten führten zu einem geschrumpften Angebot. Die Probleme in Bergisch Gladbach seien mit den wenigen Mitteln und dem wenigen Personal nicht zu lösen. Sie ist der Auffassung, der Migrationsdienst sei mit den vielen Aufgaben überfordert. Um den Problemen gerecht werden zu können, seien andere Strukturen erforderlich. Problemfelder wie die Moschee erfordern andere Lösungsansätze als die Auseinandersetzungen der Jugendgangs unterschiedlicher Nationalität. Der Migrationsdienst könne diese Probleme nicht alle lösen. Auch der Ausschuss und der Integrationsbeirat seien gefragt. Im Beirat geschehe zu wenig die Integration betreffend. Sie hält die Erarbeitung eines neuen Konzeptes für erforderlich. Frau Dederichs hält einen völlig neuen Prozess nicht für sinnvoll, weil mit mehr Geld und größeren Kapazitäten mehr Projekte entwickelt werden können. Ideen für solche Projekte wären genug vorhanden. Richtiger scheine ihr, die Koordination auch deshalb bei einer Stelle zu belassen, da die Klienten und die anderen beteiligten Stellen dem Fachdienst schon bekannt sind.

Frau Alef (Fraktion KIDitiative) hält die Unterscheidung zwischen Erwachsenen- und Familienarbeit einerseits und Jugendarbeit andererseits für wichtig. Kürzungen in der Jugendarbeit und die Schließung von Jugendzentren hätten nachteilige Auswirkungen auf die Migrationsarbeit.

Ihre weiteren Fragen werden von Herrn Multari dahingehend beantwortet, dass er jährlich etwa 100 Fälle bearbeite, was im Vergleich zu Vorjahren einen starken Rückgang bedeutet. Angebote des Fachdienstes erfolgen nur noch im Rahmen der Migrationserstberatung als Begleitung für Integrationskurse. Auf anderen Handlungsfeldern versuche der Fachdienst, eine Vernetzung mit anderen Anbietern zu erreichen. Leider seien die Handlungsfelder, die der Fachdienst bearbeitet, außerhalb der FIM nicht sehr bekannt. Die vollständige Fallbearbeitung früherer Jahre wurde durch eine begleitende Tätigkeit auf überwiegend telefonischer Basis ersetzt. Frau Dederichs stellt die Organisation des Fachdienstes dar. *(Dazu hat der Fachdienst in kleiner Stückzahl ein Faltblatt zur Verfügung gestellt, das an die Fraktionen weitergereicht wurde.)* Der Fachdienst bot erstmals im Jahr 2005 Mitarbeitern der K-A-S Fortbildungen zur Arbeit mit Migranten an.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, bei Bedarf würden Einzelförderungen für den Spracherwerb italienischer Kinder über die Botschaft gewährt. Hinsichtlich des Integrations-

beirates teilt sie die Auffassung Frau Münzers.

Herr Hastrich verweist zur Anfrage Herrn Dr. Bernhausers auf die Zuständigkeit des Jugendgemeinschaftswerkes in der Dr.-Robert-Koch-Str. für jugendliche Aussiedler. Zur Anfrage Herrn Hoffstadts erklärt er, der Migrationsdienst werde von der Stadt nicht finanziert, da es sich um eine Aufgabe von Bund und Land handelt. Von der Stadt mitfinanziert würde die internationale Begegnungsstätte.

Zur Fragestellung Frau Münzers nach der Integration hält Herr Hastrich einen Perspektivwechsel für erforderlich. In Bergisch Gladbach leben etwa 10.000 Menschen mit ausländischer Nationalität. Etwa gleich hoch sei die Zahl derer mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund. Die größte Gruppe darunter seien Spätaussiedler. Für ihn stelle sich die Frage, wie die hier lebenden Menschen so miteinander in Beziehung zu setzen seien, dass sich alle zu Recht finden. Integrationsarbeit sei Aufgabe aller gesellschaftlichen Einheiten.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für den Vortrag und die Diskussion.

<-@

9 **Entsendung eines Mitgliedes des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundiger Einwohner in den Planungsausschuss**

@->

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

<-@

@-> Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird das Mitglied des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen Herr Hans Lauten anstelle des Herrn Joachim Schermer als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied in den Planungsausschuss entsandt.

<-@

10 **Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz (bisher Richtlinien über den Löwenpass)**

@->

Ausschussmitglieder verschiedener Fraktionen begrüßen den vorgelegten Entwurf. Kritisiert wird aber der lange Name der Richtlinie.

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass wunschgemäß als Schwerpunkt die Bildung von benachteiligten Kindern gefördert wird. Für die CDU-Fraktion spricht er sich dafür aus, über die vorgeschlagene Regelung hinaus als schulbezogene Aufwendung in besonderen Härtefällen (Ziffer 3.1 Satz 2 Buchstabe c) auch Schülerbeförderungskosten zu berücksichtigen. Seit dem Sommer dieses Jahres müssen auch Hartz IV-Empfänger ihren Eigenanteil am Schülerticket bezahlen. Ggfs. können diese Kosten aus den für Unvorhergesehenes veranschlagten 3.000 € gezahlt werden. Im weiteren Verlauf der Beratung sagt Herr Hastrich zu, diese Klarstellung in die Richtlinien aufzunehmen.

Herr Galley (SPD-Fraktion) sieht im Entwurf einen Beitrag zum Bürokratieabbau, weil kein gesonderter Antrag mehr erforderlich ist. Wie Herr Dr. Bernhauser begrüßt die SPD-Fraktion die Berücksichtigung schulbezogener Aufwendungen.

Frau Schreiber vermisst im Entwurf der Richtlinien die Stadtbücherei und in der Kalkulation die Familienbildungsstätte.

Frau Alef hält 57.000 € für die Haushaltsstelle für sehr wenig. Die Fraktion KIDinitiative begrüßt, dass als Konsequenz daraus der Schwerpunkt auf Bildung gelegt wird. Ihre Fraktion befürwortet, kinderreiche Familien in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufzunehmen.

Bereits vor einem Jahr habe sie die Transparenz bemängelt. Sie vermisst eine Auflistung der tatsächlichen Ausgaben nach Verwendungszwecken für 2005 und 2006.

Herr Gerhards (FDP-Fraktion) schließt sich den Ausführungen Frau Alefs an. Er erklärt, den Antrag seiner Fraktion zu dem Thema nicht aufrecht zu erhalten und möchte wissen, warum nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Hilfebedürftige in die Rechnung einbezogen würden. Intention der Richtlinien sei, dauerhaft in Bergisch Gladbach lebende Menschen die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Frau Münzer verweist hinsichtlich der 100%igen Ermäßigung für die Teilnahme an Deutschkursen der Volkshochschule darauf, dass Deutschkurse auch von anderen Institutionen bezahlt werden. Sie frage sich, wer noch als Teilnehmer für Deutschkurse der Volkshochschule in Frage komme.

Herr Hastrich verweist auf die Anregung des Arbeitskreises der SPD-Fraktion, die Ausführungen auf Seite 89 zur Entscheidung des Fachbereichs 5 über die Anträge im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel als Abschnitt 3.3 auszuweisen. Diese Ausführungen würden für alle Punkte gelten. Er sagt im weiteren Verlauf der Beratung eine entsprechende Änderung der Richtlinien zu. Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet er wie folgt:

Da alle Leistungen durch Gutscheinsysteme innerhalb der Verwaltung abgewickelt werden, sei kein Pass mehr erforderlich. Insofern sei eine Bezeichnung der Richtlinie als Löwenpassrichtlinie unzutreffend.

Im Rahmen des Solidarsystems werden den Schulen unmittelbar Mittel in Höhe von jährlich 26.000 € zur Verfügung gestellt werden. Die Schulen kaufen dafür Bücher ein. Die einzelnen Schulen erzielen beim Einkauf einen Rabatt. Dadurch können die Sozialleistungsberechtigten vom Eigenanteil der Lernmittelpauschale befreit werden. Die genannte Summe entspricht der Abstimmung der Schulverwaltung mit den Schulen.

Die Stadtbücherei wird in den Richtlinien deshalb nicht mehr genannt, weil eine Regelung in den Richtlinien identisch wäre mit der Gebührenordnung der Stadtbücherei. Die Ermäßigungen für die Familienbildung erfolgen aus einer anderen Haushaltsstelle als die Richtlinie und tauchen deshalb nicht in der Kalkulation der Vorlage auf.

Die von Frau Alef gewünschte Auflistung für 2005 wurde im Rahmen einer Vorlage im Frühjahr zur Verfügung gestellt. Die Auflistung für 2006 steht zunächst als Kalkulation zur Verfügung. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses im Jahr 2007 kann eine Liste der tatsächlich verwendeten Mittel als Mitteilung des Bürgermeisters nachgereicht werden.

Die Leistungen für Asylbewerber wurden im Zuge der Debatte um die Ergänzung der Richtlinien in diesem Jahr zusätzlich aufgenommen, weil damit Kinder gefördert

werden. Die Problematik des Schulbesuches stelle sich für Asylbewerberkinder unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Der Anspruch besteht für die Zeit der Beschulung der Kinder in Deutschland. Die Aufenthaltsdauer ist selbst nach einer Ablehnung des Asylantrages nicht bekannt.

Zur Frage der Ermäßigung für Deutschkurse verweist Herr Hastrich auf die Nachrangigkeit der Richtlinie gegenüber allen anderen öffentlichen Fördermöglichkeiten. Es gebe aber Fälle, in denen Ausländer keinen Anspruch mehr auf die Förderung von Deutschkursen aus Bundesmitteln oder nach SGB II haben. Aus Ansprüchen auf Leistungen nach SGB XII lasse sich kein Deutschkurs finanzieren. Für diese Fälle greife die Richtlinie, um eine Integration zu ermöglichen.

Aus der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion wird die Regelung hinsichtlich der Stadtbücherei kritisiert. Die Richtlinien seien ursprünglich deshalb erlassen worden, um solche Kosten an einer Stelle transparent darzustellen. Herr Hastrich verweist auf den Beschluss der Tarifordnung der Stadtbücherei durch den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, die einen ermäßigten Jahresbeitrag in Höhe von 6 € für Bezieher von Sozialleistungen vorsieht.

Herr Mumdey schlägt vor, diese Frage bis zur Ratssitzung zu klären.

Herr Gerhards beantragt für die FDP-Fraktion, die Leistungen nach dieser Richtlinie für Hilfsbedürftige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf minderjährige Hilfsbedürftige zu beschränken. Er könne die Ausführungen Herrn Hastrichs in diesem Punkt nachvollziehen, hält dann aber eine Begrenzung auf schulpflichtige Kinder für sinnvoll. Herr Gerhards hält es unter Hinweis auf die begrenzten finanziellen Mittel für sinnvoll, sich auf Menschen mit einem dauerhaften Aufenthalt zu konzentrieren. Herr Hastrich erinnert daran, dass sich auch abgelehnte Asylbewerber oft dauerhaft in Deutschland aufhalten. Es sei auch im Interesse des Ausschusses, eine Verständigung in deutscher Sprache zu ermöglichen. Als Kompromisslösung schlage er vor, Hilfsbedürftigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Vergünstigungen für Leistungen nach Ziffer 3.1 und für Deutschkurse auch für Erwachsene zu gewähren.

Frau Scheerer und Frau Lehnert kritisieren, dass sich Kinder während eines heißen Sommers vor einem Schwimmbadbesuch erst einen Gutschein holen müssen.

Herr Hastrich hält diese Regelung nicht für zu kompliziert, weil die Leistungsberechtigten ohnehin in Kontakt zu den Leistungsgewährenden stehen. Bei solchen Besuchen z. B. im Rahmen der Meldepflicht nach SGB II bestehe die Möglichkeit, sich im Vorfeld Gutscheine ausstellen zu lassen. Eine Kontingentierung der Gutscheine biete sich schon deshalb an, weil die Haushaltsmittel sonst nicht ausreichen. Da die schulbezogenen Leistungen Vorrang haben sollen, stehen für Vergünstigungen in Einrichtungen weniger Mittel zur Verfügung.

Herr Hoffstadt und Herr Dr. Bernhauser betonen, dass es sich insgesamt um einen guten Entwurf handelt, von denen nur geringe Details kritisiert würden. Beiden fehle das Verständnis dafür, diese positive Initiative zu zerreden.

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig bei drei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion)

<-@

@->

Der Rat beschließt die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen

nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

<-@

11 **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

@->

Frau Winkels

Wo kann die Gruppe, die auf dem Meleghy-Gelände wohnt, untergebracht werden? Ist angedacht, ob diese Gruppe untergebracht wird? Zum 20.11. war der Bagger auf dem Gelände im Einsatz.

Herr Hastrich teilt mit, dass sich nach seinem Kenntnisstand der Personenkreis trotz der Arbeiten weiter auf dem Carpark-Gelände aufhalten kann. Der Eigentümer habe zugesichert, dass zumindest diesen Winter keine weitergehende Bebauung erfolgt.

Herr Dr. Bernhauser

Meine Anfrage betrifft die Betreuungsbehörde nach dem Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger. Der Kreis will vom 01.01.2007 an seine Betreuungsbehörde nicht mehr für die Stadt Bergisch Gladbach einsetzen. Dadurch würde in Bergisch Gladbach ein Vakuum entstehen, weil hier eine ganze Reihe von Betreuern mit einem Anspruch auf Beratung und Fortbildung tätig sind. Das Vormundschaftsgericht kann die öffentliche Stelle anfragen und um Vorschläge für Betreuungen bitten. Wie soll mit diesen Aufgaben in der Stadt Bergisch Gladbach umgegangen werden? Nach meiner Ansicht handelt es sich um eine Pflichtaufgabe.

Herr Hastrich erklärt, die Stadt Bergisch Gladbach sei qua Gesetz als Große kreisangehörige Stadt Träger der Betreuungsbehörde für das Stadtgebiet. Der Kreis ist Träger der Betreuungsbehörde für alle anderen Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis. Entsprechend einer Absprache zwischen den Hauptverwaltungsbeamten der Stadt und des Kreises hat der Kreis die Förderung der Betreuungsvereine auch für die Stadt Bergisch Gladbach mitfinanziert. Diese Vereinbarung wurde vom Kreis mit Wirkung zum 31.12.2006 gekündigt. Der Kreis erklärt, weiterhin ein geändertes Konzept mit den Betreuungsvereinen vereinbaren zu wollen. Dafür sieht der Kreis nur die Förderung für die übrigen kreisangehörigen Kommunen vor. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die vom Kreis angedachte Förderung als komplementäre Finanzierung zur Landesförderung nicht erforderlich und somit eine freiwillige Leistung ist, die im Rahmen des Korridors nicht dargestellt werden kann. Die pflichtigen Aufgaben einer Betreuungsbehörde werden von der Stadt auch weiterhin selbständig wahrgenommen.

Frau Münzer

Meine Frage betrifft die neue Bleiberechtsregelung. Wie viele Antragsteller gibt es in

Bergisch Gladbach? Wie werden sie beraten?

Herr Hastrich sagt eine schriftliche Antwort zu.

Frau Alef

Der Rat hat 2005 einen Grundsatzbeschluss zur sozialen Bodennutzung gefasst. Im HSK sind für 2006 1 Mio. € und für 2007 ca. 2 Mio. € angesetzt. Wie hoch sind die tatsächlichen Einnahmen im laufenden Jahr? Wie konsequent wird das bei Planungsvorhaben umgesetzt?

Herr Hastrich verweist auf die Zuständigkeit des Planungsausschusses für die soziale Bodennutzung, sagt aber eine schriftliche Antwort zu.

Herr Dr. Kassner

Zunehmend denken Kindergärten, z. B. beide evangelische Kindergärten in Bensberg, darüber nach, wie sie Familienzentrum werden können. Wo bekommen sie Informationen über die Ausgestaltung her, damit die Kindergärten jetzt schon mit ihren Planungen anfangen können?

Herr Hastrich verweist auf die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses für Familienzentren. Rahmendaten können insbesondere im Entwurf für die Integrierte Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung nachgelesen werden. Finanzielle Angaben konnten in diesem Bereich noch nicht gemacht werden, weil es noch keine Festlegungen zu Fördermitteln gibt.

Herr Möller

1. In der Niederschrift der letzten Sitzung wurde ein Kulturführerschein für Senioren erwähnt. Dazu hatte ich um schriftliche Informationen gebeten. Kann ich davon ausgehen, dass ich diese Informationen noch bekomme?

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die nachträglich verschickten Anlagen zur Niederschrift. Sie sei ursprünglich davon ausgegangen, dass aus der Powerpoint-Präsentation Angaben dazu hervorgehen. Da das nicht der Fall sei, werde sie weitere Angaben nachreichen.

2. In der letzten Sitzung hat sich der Ausschuss auch mit dem Förderprogramm „Mehrgenerationenhaus“ beschäftigt. Diese Dinge sind sehr im Fluss. Kann ich davon ausgehen, dass dies auf der Tagesordnung einer der nächsten Sitzung steht, um den aktuellen Sachstand nachverfolgen zu können?

Herr Hastrich verweist darauf, dass in der ersten Förderwelle kein Projekt in Bergisch Gladbach berücksichtigt wurde. Derzeit liegen drei Anträge vor; neben den Anträgen der Caritas und des ZAK hat ein Lebensgarten e. V. einen Antrag gestellt. In diesem Bereich ist gemäß Entscheidung der Bundesregierung der Kreis kommunale Ebene. Herr Hastrich sagt im Hinblick auf eine zweite Förderwelle im Frühjahr zu, den Sozi-

alausschuss weiterhin zu informieren.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.10 Uhr. <-@